

Pulsnitzer Wochenblatt

Sampr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Giro-R. 146



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.40, durch die Post M 8.—

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Zeitspalte (Masse's Belienmesser 14) 100 Bsp., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 90 Bsp. Im Amtsgerichtsbezirke 80 Bsp. Amtliche Seite M 3.—, 2.70 und 2.40. Restame M 2.30. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeiträumender und tabellarischer Satz mit 25 % Zuschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörnberg, Kretznitz, Hauswalde, Ohorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Zwognsdorf, Hagenberg, Klein- u. Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von C. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 51.

Donnerstag, den 28. April 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nährmittelabgabe.

Von Montag, den 2. Mai 1921 ab werden durch die Kleinbändler des Bezirks auf Abschnitt 59 der Kindernährmittelkarte und auf Abschnitt 31 der Altersnährmittelkarte je ein halbes Pfund Weizengrieß zum Preise von 0,95 M ausgegeben. Läden sind mitzubringen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 26. April 1921.

Öffentliche Aufforderung zur Entrichtung der Körperschaftsteuer.

Die inländischen Erwerbsgesellschaften im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes vom 23. März 1920 (RStB. S. 393) werden hiermit aufgefordert, auf Grund des Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftsteuer vom 26. März 1921 (RStB. S. 342) binnen einem Monate nach Feststellung der Bilanz, der Rechnung oder des sonstigen Abschlußes für jedes Geschäftsjahr als vorläufige Zahlung auf die Körperschaftsteuer ohne besondere Aufforderung 10 v. H. des in dem Abschluß ausgewiesenen Reingewinns an die Finanzkasse Ramenz (Postcheckkonto Nr. 5978 Amt Dresden, Gemeinde-Giro-Konto Nr. 10 Giro-Kasse Ramenz) abzuliefern.

Soweit bei Inkrafttreten des zuletzt genannten Gesetzes Geschäftsabschlüsse, die der Veranlagung zur Körperschaftsteuer zugrunde zu legen sind, bereits feststehen, ist die vorläufige Zahlung bis zum 1. Mai 1921 zu leisten.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß, wenn der geschuldete Betrag nicht rechtzeitig binnen 1 Monat nach Feststellung der Bilanz oder bei den bereits feststehenden Abschläüssen bis zum 1. Mai 1921 entrichtet ist, ein Zuschlag von 20 v. H. der endgültig festgesetzten Körperschaftsteuer auferlegt wird. Die vorläufige Zahlung auf die endgültig festgesetzte Körperschaftsteuer wird bei der Veranlagung zur Körperschaftsteuer angerechnet.

Finanzamt, am 25. April 1921.

Auszahlung der Beihilfe an Arbeiterrenten-Empfänger.

Die Gelder für bedürftige Arbeiterrentenempfänger, die nachträglich um Gewährung einer Beihilfe nachgesucht haben, sind uns vom Finanzministerium überwiesen worden und werden

Sonnabend, den 30. April 1921 vormittags 11—12 Uhr in der Polizeikanzlei ausgezahlt.

Pulsnitz, den 27. April 1921.

Der Rat der Stadt.

Bekanntmachung.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß mit Rücksicht auf die bestehende Wohnungsnot bis auf weiteres Personen, die zufolge Eheschließung einen eigenen Hausstand gründen, als Wohnungsanwärter nur vorgemerkt werden können, wenn der Ehemann mindestens das 27. die Ehefrau aber das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Auswärtige Einzelpersonen oder Familien werden nur vorgemerkt, wenn sie eine Tauschgelegenheit nachweisen.

Der Rat der Stadt.

Wohnungsamt.

Das Wichtigste.

Das Angebot der Arbeiter des Ruhrkohlenbezirks, betr. die Ueber-sichtigenfrage, über das die Mitglieder der Freien Gewerkschaften in einer Urabstimmung entschieden haben, ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

In Mannheim traf am Sonnabend unter Begleitung französischer Militärs eine Abteilung deutscher Kriegsgefangener aus dem französischen Gefangenenlager Avignon ein, die nach mehrjährigen Strafen nunmehr freigelassen wurden.

Eine der kommunistischen Hauptzeitungen in Mitteldeutschland, die „Mansfelder Volkszeitung“, hat ihr Erscheinen eingestellt. Auch der kommunistische „Klassenkampf“ in Halle ist seit drei Wochen nicht mehr erschienen.

Mißerfolg der Raubzüge. Aus London wird berichtet, daß die erste Woche der Anwendung der 50 prozentigen Zölle in England ganze 81 Pfund Sterling eingebracht hat.

Wie das „B. Z.“ aus Königsberg meldet, sind im Memellande Bestrebungen im Gange, die für das Memelgebiet das Selbstbestimmungsrecht verlangen. Der Forderung nach Zustimmung sind auch Nichtdeutsche beigetreten, die Bürger Deutschlands waren und es weiter bleiben wollen.

Einer Blättermeldung aus München zufolge mehrten sich die Klagen der rheinischen Bevölkerung über Schandtaten farbiger Franzosen. Aus Lanbau wird gemeldet, daß dort seit vorigem Sonntag 400 schwarze Franzosen in Bürgerquartieren untergebracht sind. Auch Kottbus hat eine Besetzung von mehreren Hundert Mann schwarzer Truppen erhalten. In Gernersheim hat die Stärke der schwarzen Besetzung die Zahl der Einwohner erreicht.

In München haben die Betriebsobleute der Tageszeitungen in einer Entschlüsselung gegen die neue Papierpreiserhöhung protestiert und erklärt, daß sie sich in dieser Frage geschlossen auf die Seite der Verleger stellen.

Vom 6.—8. Juni findet in Dresden der Sächsisch-Preussische Fleischtag statt. Davas hebt hervor, daß die heute Nacht übermittelte Nachricht aus Washington, daß die deutschen Vorschläge in Amerika einen günstigen Eindruck hervorgerufen hätten, aus englischer Quelle stamme.

Wie die Chicago-Tribüne aus Washington meldet, herrscht in wohl unterrichteten Kreisen volles Vertrauen, daß der gegenwärtige Notenaustausch über das neue deutsche Angebot zu einem Ueber-einkommen führen werde.

Nach zuverlässigen Informationen von französischer Seite ist wenigstens ein Teil der französischen Soldaten des Jahrganges 1919 bereits durch individuelle Befehle einberufen worden und an die vorgeschriebenen Sammelstellen abgemarchiert.

Die „National-Zeitung“ schreibt: Von der Haltung Frankreichs hängt jetzt die ganze weitere Entwicklung ab. Die Zukunft der Welt hängt jetzt an einem Faden und diese Tage sind nicht weniger entscheidend, als viele Tage im Juni 1914.

Die neuen deutschen Vorschläge.

Der Inhalt der deutschen Note an Amerika, die unsere neuen Wiedergutmachungsvorschläge enthält, bietet für die deutsche Öffentlichkeit keine wesentlichen Ueberraschungen mehr. Man muß aber leider feststellen, daß sich die neuen Angebote in der grundsätzlichen Beurteilung unserer Leistungsfähigkeit sehr weit von den überreichten Vorschlägen in London unterscheiden. Wenn wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Entente diesen Vorschlag als eine geeignete Basis für weitere Verhandlungen annimmt, so muß diese auch darauf beruhen, daß die Fassung des finanziellen Angebotes weit überhöhter gestaltet ist und die großen Vorteile, die sich für die Gläubigerdaten ergeben, klar zum

Für die am 2. Mai 1921 stattfindende

Arbeiterzählung

sind den hiesigen Betriebsunternehmern die erforderlichen Formulare zugestellt worden. Diese Formulare sind am 2. Mai wahrheitsgetreu auszufüllen und hierbei die auf der Rückseite vermerkten „Erläuterungen“ genau zu beachten.

Auch ist bei der Zählung der beschäftigten „Schwerbeschädigten“ (im Sinne der Reichsverordnung vom 9. Januar 1919 über Beschäftigung Schwerbeschädigter RStB. S. 28) und außerdem auch die Zahl der beschäftigten Kriegsbeschädigten mit weniger als 50 Prozent Militärvollrente (also der Leichtkriegsbeschädigten) genau zu ermitteln. Diese Angaben sind auf den Formularen an der freien Stelle zwischen I und II links von den Zahlenangaben über männliche und weibliche Arbeiter dort einzutragen, wo während der Kriegszeit Angaben über Kriegsgefangenenzahlen gemacht worden sind. Die Zahlen der Schwer- und Leichtkriegsbeschädigten müssen in den rechts davon einzutragenden Zahlen der männlichen und weiblichen Arbeiter mit enthalten sein.

Die Zählkarten sind bis spätestens Mittwoch, den 4. Mai d. J. in der Polizeikanzlei abzugeben.

Pulsnitz, am 25. April 1921.

Der Rat der Stadt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Pulsnitz.

Es wird hiermit bekanntgegeben, daß seitens der Arbeitgeber nur ein Wahlvorschlag für die Wahl der Vertreter zum Ausschuss eingegangen ist und somit die Vorschlägen als gewählt zu gelten haben.

Auf Grund des Ergebnisses der am 16. d. Ms. stattgefundenen Wahl der Vertreter der Versicherten zum Ausschuss sind auf Wahlvorschlag Ordnungsnummer I 475 und auf Wahlvorschlag Ordnungsnummer II 192 gültige Stimmen abgegeben worden.

Es entfallen hiernach auf Wahlvorschlag I die ersten 22 und auf Wahlvorschlag II die ersten 8 Sitze.

Die Wahl des Gesamtvorstandes findet Sonnabend, den 4. Juni a. e. im Gasthof zum Herrnhaus, abends 7—8 Uhr statt.

Zu wählen sind für die Arbeitgeber 3 Vorstandsmitglieder und 6 Ersatzmänner, für die Versicherten 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmänner.

Wahlvorschläge müssen bis mit 21. Mai gesondert für Arbeitgeber und Versicherte in der Expedition der Krankenkasse eingereicht und mit je 3 Unterschriften versehen sein, wo selbige zur Einsicht ausliegen.

Pulsnitz, den 26. April 1921.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Pulsnitz, Max Kemnitz, Vorsitzender.

Der Kommunikationsweg von Mittelbach nach Oberlichtenau

wird wegen Beschädigung in Flur Mittelbach vom 2. Mai an bis zur Fertigstellung für den Verkehr gesperrt.

Der Gemeindevorstand.

Ausdruck bringt. In der englischen Presse wurde vor einiger Zeit das damalige deutsche Angebot auf den Endwert mit Einschluß der Berechnung aller Zinsleistungen umgerechnet. Dabei trat das überraschende Ergebnis zutage, daß sich unser Gesamtangebot garnicht allzuviele von der Endsumme der 22 Milliarden entfernte, die wir auf Grund der Pariser Beschlüsse zahlen sollten. Jetzt erklärt sich Deutschland bereit, eine Gesamtverschuldung von 200 Milliarden Goldmark zu übernehmen, sofern diese Summe in Annuitäten abgetragen werden kann, die unserer Leistungsfähigkeit entsprechen. Es ist also in den neuen Vorschlägen nichts ausgesagt über die Zeitdauer, innerhalb der die deutsche Schuld modifiziert werden soll. Der Gegenwert der Schuld in Höhe von 50 Milliarden Goldmark ist nicht mehr an besondere Gegenbedingungen geknüpft. Am wichtigsten erscheint dabei der Verzicht auf Anrechnung unserer bisherigen Leistungen, die Deutschland bekanntlich mit 20 Milliarden Goldmark befristet hatte. Das ist gewiß eine beträchtliche Mehrbelastung, aber sie kann vielleicht dadurch gemildert werden, daß die Annuitätenzahl entsprechend heraufgesetzt wird. Gewisse Unklarheiten, die Bedenken erregen müssen, enthält der Satz, daß Deutschland die detaillierten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen lassen wolle. Die Auffassungen über Besserung oder Verschlechterung der Wirtschaftslage können sehr subjektiv sein. Wird die Höhe der Verpflichtungen variabel gestaltet, so muß die Höhe der Verpflichtungen ebenfalls festgesetzt werden, und der Konfliktsstoff nimmt kein Ende. Am schwerwiegendsten ist aber der Artikel 10 der deutschen Vorschläge, bei dem man befürchten muß, daß er so ausgelegt werden könnte, als wenn die deutsche Regierung damit eine allgemeine Verpfändung des deutschen Staatseigentums und der Staatseinkünfte zulassen wolle. Ein Staat, der seinen gesamten Besitz verpfändet, würde aber

